26-10-23 Rede Preisverleihung DFG-VK

Hallo liebe Friedensfreundinnen und -freunde,

wir sind Lassy und Leo und aktiv in der Schulstreik gegen Wehrpflicht-Bewegung. Ich bin im Streikkomitte in Offenburg, Leo in Mannheim. Wir freuen uns sehr, heute hier den Ludwig Baumann Preis im Namen der Schulstreiks annehmen zu dürfen. Wir sind nur zwei von über 50 tausend Schüler:innen, die bereits schon viermal gestreikt haben, gegen den Kriegsdienst und die aktuelle Kriegsvorbereitung. Wir bedanken uns bei allen, die uns dabei unterstützt haben!

Jetzt hier zu sein und diesen Preis entgegen nehmen zu dürfen ist für uns eine große Ehre. Er trägt den Namen von Ludwig Baumann (1921–2018). Ludwig war ein deutscher Wehrmachtsdeserteur und Friedensaktivist. Während des Zweiten Weltkriegs desertierte er aus der Wehrmacht und wurde dafür zum Tode verurteilt. Das Urteil wurde später in eine Zuchthausstrafe umgewandelt. Nach dem Krieg setzte er sich jahrzehntelang für die Rehabilitierung von Wehrmachtsdeserteuren und gegen Krieg und Militarismus ein. Er ist damit eine wichtige Persönlichkeit der deutschen Friedensbewegung. Einen Preis entgegenzunehmen, welcher seinen Namen trägt, ist für uns eine große Ehre.

Wir sind sehr stolz, wenn wir auf die letzten Monate zurück schauen. Wir konnten selbst sehen, wie sich immer mehr Schüler der Bewegung angeschlossen haben. Wir konnten die Empörung spüren und miterleben wie sich die Bewegung immer weiter vergrößert hat. Wir durften so viele andere Jugendliche kennenlernen und uns auf bundesweiten Konferenzen austauschen und vernetzen. Egal wie stressig diese Konferenzen waren, es hat sich gelohnt. Ich bin unglaublich stolz darauf ein Teil zu sein. Und jedes Video dass ich sehe, jedes gemaltes Transpi und jede gehaltene Rede erfüllt mich mit Stolz und Hoffnung. Denn wir wissen, dass unser Kampf richtig ist.

Doch wie begann die Bewegung, die der Bundesregierung heute schlaflose Nächte bereitet?
Dass in diesem Land maßlos aufgerüstet wird, ist kein Geheimnis. Begonnen mit dem 100 Mrd. Sondervermögen für die Bundeswehr aus 2022, über die unbegrenzten Kredite für Rüstung seit März 2025 bis zur geplanten Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Deutschland. All diese Maßnahmen dienen offensichtlich nicht einfach der Verteidigung, sie dienen der Vorbereitung eines großen Krieges. Auch die Debatte um die Wehrpflicht wurde schon länger geführt, doch erst in der zweiten Hälfte des letzten Jahres wurde hier ein nächster Schritt absehbar. Es wurde angekündigt, dass am 05.12. das sogenannte Wehrdienstmodernisirungsgesetz im Bundestag beschlossen werden soll.

Das war für viele der Anlass zu sagen: „Es reicht!“. In vielen Städten begannen sich Schüler:innen, aber auch Studierende und vereizelte Eltern zusammenzuschließen und Protest für diesen Tag zu planen. Doch weil eine gewöhnliche Demo einfacher zu ignorieren ist, entschieden wir uns für die bewährte Aktionsform des Schulstreiks. Und so ging es los. Niemand konnte absehen, wie der 05.12. verlaufen wird. Am Vortag hat sich sogar Pistorius gezwungen gesehen ein Video zu veröffentlichen, in dem er lobt, dass wir uns politisch betätigen und demonstrieren, aber dass wir nicht gegen die

Bundeswehr sein sollten, weil sie die Demokratie schütze und damit das Recht gegen die Bundeswehr. Wir sollen also nicht gegen die Bundeswehr sein, damit wir gegen die Bundeswehr sein dürfen. Soweit, so logisch. Aber gegen Mittag des 05.12. war klar: Das Wehrdienstmodernisierungsgesetz ist durch, mit 323 Stimmen dafür. Was man im Bundestag nicht wahrhaben wollte, waren die 55.000 Stimmen dagegen von den aktiven Schüler:innen, die an dem Tag in über 90 Städten gestreikt haben. Da klar war, dass wir mit einem Streik noch nicht unser Ziel erreicht haben werden, wurde direkt der nächste Streik für den 5. März angekündigt, genau drei Monate später. Im Februar diesen Jahres, ca. 3 Wochen vor dem Streik, hatten wir unsere erste Schulstreikkonferenz. Dort sind wir als Bewegung zusammengekommen, haben uns ausgetauscht, vernetzt und eine Resolution beschlossen mit unseren zentralen Forderungen. Wir fordern dort:

- Keine Wehrpflicht – Keine Zwangsdienste!
- Geld für Bildung, Soziales und Umweltschutz statt für Aufrüstung und Kriegsvorbereitung!
- Bundeswehr raus aus den Schulen! Kriegsdienstverweigerungsberatung für alle Abschlussjahrgänge!
- Für den Aufbau von Streikkomitees an jeder Schule und ein Streikrecht für Schüler*innen
- Abrüsten statt Aufrüsten! Verhandeln statt Schießen!

Der 5. März wurde ein voller Erfolg, es waren über 50.000 Schüler:innen in über 140 Städten auf der Straße! Sie haben wiederholt gezeigt, dass die Jugend von heute nicht faul und nicht unpolitisch ist. Sie hatten gegen jede Erwartung und Prognose gezeigt, dass sie nicht tatenlos zuschauen würden, wie ihnen ihr Recht auf Freiheit und auf Bildung genommen werden würde. An diesem Streiktag, wie auch schon am 05.12. zeigte sich stark, wie hämisch der Kommentar von Pistorius zur Verteidigung der Demokratie eigentlich ist. Es kam zu zahlreichen Einschüchterungsversuchen gegenüber Schüler:innen, einige wurden in ihre Schulgebäude eingesperrt, teils gab es Attestpflichten nur für den Streiktag. In Berlin gab es Verhaftungen wegen der Parole „Merz Leck Eier." Doch das hat uns nicht aufgehalten.

Für unseren dritten Streiktag haben wir uns bewusst für den 8. Mai entschieden, den Tag der Befreiung Deutschlands vom Faschismus. Denn wir haben erkannt, was eine ungeheure Militarisierung Deutschland bewirken kann. Merz spricht heute von einem „Zeitalter der Großmächte", in dem Deutschland mitspielen müsse, Pistorius davon bis 2030 die stärkste konventionelle Armee Europas aufzubauen. Welchen Effekt das hat, sehen wir schon heute: Wir erleben den größten Sozialabbau seit Jahrzehnten. Für uns ist klar: Jeder Panzer ist eine kaputte Schule, jedes MG ein fehlendes Jahresticket im ÖPNV, jede Rakete ein geschlossenes Krankenhaus! Aufrüstung und Sozialkahlschlag gehören zusammen.

Für unsere Arbeit werden wir vom Staat bekämpft. Im Mai wurden zwei aktive Schüler:innen aus dem Streikkomitee in Kiel auf dem Weg zur Schule abgefangen, einmal vom Verfassungsschutz, einmal vom Bundeskriminalamt. Diese offensichtlichen Einschüchterungsmaßnahmen gegenüber Minderjährigen sind ekelhaft und zeigen, dass die Bundesregierung es ernst meint mit der Wehrpflicht und unseren Widerstand dagegen klein halten möchte. Unsere Mitstreikenden erfahren Polizeigewalt, werden

angezeigt oder von der Polizei eingefangen und direkt wieder in die Schule gefahren. Aber davon lassen wir uns nicht einschüchtern und erst recht nicht aufhalten. Wir halten zusammen und zusammen stehen wir gegen die Repressionen. Denn genau diese beweisen uns, dass wir den Staat mit unserer Arbeit weh tun und das unsere Streiks Wirkung zeigen. Wir werden wahrgenommen und wir können nicht länger ignoriert werden.

Vor genau vier Wochen, am 25.09., war es zum vierten Mal so weit: der nächste Schulstreik gegen die Wehrpflicht holte erneut über 45.000 Schülerinnen und Schüler aus den Klassenzimmern auf die Straße. Aber diesmal ging es nicht nur gegen Wehrpflicht, Aufrüstung und Krieg. Während sich die Bewegung weiterentwickelt, verstärken sich auch die Angriffe der Bundesregierung. Beim Beschluss des Wehrdienstmodernisierungsgesetzes hieß es noch, verpflichtende Musterungen würden erst im Juli 2027 beginnen, so war auch die offizielle Kommunikation der Bundesregierung. Doch was uns verschwiegen wurde, ist dass der entsprechende Absatz dazu kurz vor dem 05.12. aus dem Gesetztestext an sich entfernt wurde. Musterungen zur Pflicht zu machen, ist also jederzeit möglich. Wir wurden verarscht!

Das Verteidigungsministerium hat erst am 18.9., 7 Tage vor dem letzten Schulstreik, in einer Pressemitteilung bekanntgegeben: In den letzten Monaten wurden bereits 4.000 Männer gemustert, darunter 1.000, die auf dem verpflichtenden Fragebogen kein Interesse am Wehrdienst angegeben haben. Auch sie wurden trotzdem zur Musterung eingeladen. Zwar waren die Ladungen freiwillig, das ließ sich aber anhand des Texten nicht erkennen. So sind viele aus Angst vor Konsequenzen dieser Ladung gefolgt. Freiwilligkeit? Von wegen! Es ist nur eine Frage der Zeit bis die Musterungen in ganz Deutschland zur Pflicht werden!

Wir wollen nicht auf Jugendliche anderer Länder schießen, mit denen wir viel mehr gemeinsam haben als mit den Menschen in diesem Land, die uns in den Krieg schicken wollen. Wir reichen der Jugend der ganzen Welt die Hand und stehen an der Seite aller, die gegen Krieg, Wehrpflicht, Bildungsunterfinanzierung und Sozialkahlschlag protestieren. Wir freuen uns über die zahlreichen Bewegungen in anderen Ländern, in denen Schüler:innen für ihre Recht auf die Straße gehen.

In Frankreich, Italien, Belgien, Spanien und Albanien protestieren aktuell Hunderttausende. Die konkreten Forderungen sind unterschiedlich, aber was uns eint ist der Kampf um eine Zukunft, die durch die Politik der Regierungen gefährdet wird. In Frankreich wurden zahlreiche Schulen blockiert und genauso tuen es bereits Schülerinnen und Schüler an Schulen in Berlin, Hamburg und Kassel die jetzt schon ihre Schulen blockieren. Die Proteste in Frankreich hatten Erfolg: Die französische Regierung wird schnell 3000 Vertretungslehrer:innen einsetzen. Das zeigt: Kämpfen lohnt sich! Wenn wir mehr werden und durchhalten, können wir unsere Forderungen verwirklichen!

Unser nächster Schulstreik ist am 20.11. An diesem Tag finden nicht nur in Deutschland Streiks statt, sondern in vielen weiteren europäischen Ländern. Wir sind Teil des internationalen Jugendstreiks, denn die aktuelle Kriegsvorbereitung und Kürzungen betreffen uns nicht nur in Deutschland. Die größte Gewerkschaft Italiens ruft zum Generalstreik am 20. November auf. Das macht uns Mut!

Die Bundesregierung hat in den letzten Jahren an unserem Schulsystem nicht nur gespart sondern die Gelder soweit zusammengekürzt, dass wir nicht genug Lehrer, Löcher in der Decke, Schimmel an den Wänden und riesigen Klassen haben. Ein Umfeld in dem Lernen wirklich schwer fällt. Zudem auch noch unglaublicher Leistungsdruck. Das ist die Realität vor der wir stehen und gegen die wir kämpfen.

Wir glauben, dass die Schulstreiks ein wichtiger Schritt sind, aber sie alleine werden nicht ausreichen, um die Militarisierung in diesem Land zu verhindern. Dazu brauchen wir eine breite Bewegung. Ansätze dazu gibt es bereits in vielen Städten, wo Streikkomittes mit Schüler:innenvertretungen, Gewerkschaften, Jugendverbänden und Friedensorganisaitonen zusammenarbeiten. Auch auf landes- und bundesweiter Ebene ist die Unterstützung groß für die Bewegung, z.B. unterstützt die GEW an vielen Orten und auch die ver.di-Jugend. Für uns ist es wichtig, hier noch mehr zu werden.

Deswegen gibt es jetzt eine Unterstützerliste für die Schulstreikbewegung. Uns hilft es, wenn möglichst viele Organisationen und Einzelpersonen hier ihre Unterstützung zusagen. Nur gemeinsam können wir die Wehrpflicht und einen neuen Krieg verhindern. Bringt euch also ein. Unterstützt euer lokales Streikkomitee, sprecht mit euren Kindern über die Schulstreiks, macht Werbung. Über gemeinsame Veranstaltungen zum Thema Kriegsdienstverweigerungsberatung würden wir uns auch sehr freuen!

Wir wollen uns nochmal für die viele Hilfe und Unterstützung bedanken! Wir nehmen diesen Preis als Ansporn um, im Sinne Ludwig Baumanns, weiter gegen die Militarisierung in diesem Land zu kämpfen. Wir sehen uns am 20.11. auf der Straße!